

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 24. April 1925

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. April 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Die Anträge der Gemeinderäte Alt, Grolig, Lötschund Kopriva auf Ankauf von Grundstücken und eines Hauses und ein Antrag des Gemeinderates Schütz, auf Anlage einer Privatgasse in Kaiserebersdorf, werden ohne Wortmeldung genehmigt. Auf Antrag des Gemeinderates Nachtnebel wird für die Erbauung neuer und die Erweiterung bestehender Druckreglexanlagen und für die Herstellung von Gasrohrleitungen ein Betrag von 280.000 Schilling bewilligt. Ferner wird auf Antrag des Gemeinderates Reisinger beschlossen, die Transformatoren der neuen Schaltanlage im Kraftwerk Engerthstrasse umzustellen und die Kosten von 400.000 Schilling zu genehmigen. Ohne Debatte wird ein Antrag des Gemeinderates Michal auf Erweiterung der Reinigeranlage im Gaswerk Leopoldau, mit einem Aufwand von 270.000 Schilling angenommen. Ohne Wortmeldung werden die Anträge der Gemeinderäte Broggyner auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 400.000 Schilling als Anteil des Wiener Krankenanstaltenfonds und des Wiener Allgemeinen Versorgungsfonds an Zuschlag zu den Erbgebühren, Hiess, auf Bewilligung einer Subvention von 4.208 Schilling für die Society of Friends, Thaller auf Bewilligung einer Subvention von 600 Schilling für den Verein Kustschule für Frauen und Mädchen, Weber auf Annahme des Berichtes über das Ergebnis der Unfallfürsorge der Gemeinde Wien im Jahre 1924 und der Erhöhung der Krankenunterstützung für die städtischen Bediensteten von 30.000 Kronen täglich vom Beginn der siebenundzwanzigsten Woche bis zum Ende der zweiundfünfzigsten Woche auf 35.000 Kronen vom 1. April an, Siegel auf Genehmigung von Strassenherstellungen in Favoriten, Si amering, Hernals und Floridsdorf, mit einem Kostenaufwand von 2.062.000 Schilling und schliesslich die Anträge des städtischen Baureferentes <sup>auf Genehmigung des</sup> Kosten und Entwürfe für Wohnhausbauten auf dem Alsergrund (Sechsschimmelgasse) in der Höhe von 380.000 Schilling, in Favoriten (Friesenplatz) in der Höhe von 2.461.000 Schilling, in Hietzing (Goldschlagstrasse) in der Höhe von 771.000 Schilling, in Hietzing (Barchettigasse) in der Höhe von 2.750.000 Schilling, in Ottakring (Sandleitengasse) in der Höhe von 2.913.000 Schilling, in der Brigittanau (Stromstrasse-Pasettistrasse) in der Höhe von 1.800.000 Schilling, in Floridsdorf (Karrogasse-Justgasse-Berzeliusplatz) in der Höhe von 2.522.000 Schilling, in Floridsdorf (Pragerstrasse-Coloniestrasse) in der Höhe von 1.030.000 Schilling, in Si amering (Kopsalgasse-Meichelstrasse) in der Höhe von 3.404.000 Schilling und schliesslich das Familien-einküchenhaus in Fudfhaus (Pilgeringasse-Löschenkohlgrasse) mit einem Kostenaufwand von 2.611.000 Schilling, angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Einrichtung einer selbsttätigen Signalanlage und die Ausgestaltung der Telefonanlage auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 beschlossen auf der Stadtbahn einen rein Strassenbahnmässigen Betrieb einzurichten. Dieser Beschluss wurde deswegen gefasst, weil man gleichzeitig von der Stadtbahn auch auf die Strassenbahn eine Verbindung herstellen wollte, was auch tatsäc-

lich geschehen ist. Im Laufe der Elektrifizierung ist man nun zur Ansicht gelangt, dass man nur dann alle Verpflichtungen voll erfüllen kann, wenn eine möglichst rasche Zugfolge ermöglicht wird. Es kann schon heute angenommen werden, dass bei der stets steigenden Frequenz der Strassenbahn, die im Jahre 1924 auf 550 Millionen gegenüber 320 Millionen vor dem Kriege sich erhöht hat und noch immer zunimmt, auch die elektrische Stadtbahn, besonders an Sonntagen einen starken Verkehr bewältigen wird müssen. Der Antrag sagt keineswegs, dass jemals das Fahren ohne Sicht auf der Stadtbahn ganz ohne Signalanlagen gedacht war. Heute soll nun eine ganz selbsttätige Signalanlage genehmigt werden. Schon im Jahre 1923, als sich der Gemeinderat mit dieser Gelegenheit beschäftigte, war man sich darüber klar, dass auf den unübersichtlichen Teil der Tunnelstrecken mit Signalanlagen gefahren werden soll. Die Strassenbahndirektion hat Studienreisen unternommen, um die modernste Signalanlage studieren zu können. Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 einen Betrag von 185 Milliarden für die Elektrifizierung der Stadtbahn bewilligt. Es war dies ein allgemeiner Betrag, in dem auch die Kosten dieser Signalanlagen enthalten sind. Es ist eigentlich eine vollständig neue Bahn, die von der Gemeinde errichtet wurde, wenn auch die Geleise schon vorhanden waren, weil es sich um den elektrischen Betrieb handelt. Die neue Signalanlage bietet nach menschlicher Voraussicht die Gewähr einer vollständigen Betriebssicherheit.

G.R. Kunschak (chr. soz.) : Man könnte eine Posse schreiben mit dem Motto „Wie sich der kleine Moriz die Elektrifizierung der Stadtbahn vorstellt, wenn man den Entwicklungsgang betrachtet. Vor fast einhalb Jahren wurde dem Gemeinderate berichtet, dass die Elektrifizierung der Stadtbahn das leichteste und billigste Ding der Welt sei, heute ergibt sich wie sehr sich diese naiven Optimisten geirrt haben. Damals bäten um die in Betracht kommenden Persönlichkeiten ein herrliches Bild ihres Könnens und man musste sich unter dem Eindrucke ihrer selbstbewussten Mitteilungen mit Ehrfurcht vor ihnen verneigen (Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Heute sehen die Dinge aber wesentlich anders aus. Heute ergibt es sich, dass entgegen den damaligen Annahmen, der Wagenpark der Strassenbahnen für die elektrifizierte Stadtbahn un verwendbar ist, dass eigene Wagen mit eigener Spurweite gebaut werden mussten, sodass eine völlige Umkehrung der Verhältnisse eingetreten ist: die Strassenbahn wird nunmehr durch den Fahrpark der Stadtbahn alimentiert werden. Daraus ergibt sich aber mühh, dass die ursprünglich präliminierten Kosten von 185 Milliarden sicher nicht hinreichen werden, sondern zweifellos eine starke Ueberschreitung erfahren werden. Man hat auch behauptet, dass es möglich sein werde, das vorhandene Strassenbahnnetz in den Dienst der Stadtbahn zu stellen. Wieder eine irriige Annahme. Strassenbahn fährt mit 600 Volt Spannung, für die Stadtbahn werden 750 Volt gebraucht. Nach den Erklärungen des Direktors Spängler soll das bedeutungslos sein, weil man ja die Spannung wieder umleiten kann. Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, dass seinerzeit behauptet wurde, man werde mit 600 Volt Spannung im Stadtbahnbetrieb auskommen, während sich jetzt eine höhere Spannung als unerlässlich ergeben hat. Seinerzeit ist vom Gemeinderate nur ein Kredit für einige wenige Motorwagen beansprucht und genehmigt worden. Ein Projekt für eigene Fahrbetriebsmittel der Stadtbahn wurde dem Gemeinderate weder vorgelegt noch von ihm genehmigt, sodass zweifellos eine Ueberschreitung des vom Gemeinderate genehmigten Projektes und eine sehr wesentliche Ueberschreitung der Kosten vorliegt. Der Referent möge uns Aufklärung geben, aus welchem Titel die Beschaffung der Betriebsmittel gedeckt wird. Schon jetzt sind Gerüchte im Umlauf, dass die neuangeschafften Bahnbetriebsmittel auf Rechnung der Strassenbahn



gehen, eine ganz unzulässige Schiebung, gegen die wir entschieden Verwahrung einlegen müssen. Nun hat der Referent seinerzeit von einem generellen Projekt gesprochen, an welchem im Laufe der Zeit noch sich etwa ergebende Änderungen vorgenommen werden können. Wozu wird dann vom Gemeinderat die Genehmigung des Kostenaufwandes für eine selbsttätige Signalanlage angefordert? Vermutlich deswegen, weil seinerzeit in der Finanzierung des Projektes ein Teilbetrag von 23 Milliarden für Signaleinrichtungen, verschiedene Werkzeuge und Werkstätten eingestellt worden ist. Daraus erklärt sich wohl der Umstand, dass wir heute im Gemeinderat über diesen Gegenstand reden müssen. Die 23 Milliarden sind wahrscheinlich schon längst verausgabt und für die eigentlichen Signaleinrichtungen ist kein Geld mehr da. Und wieder wurde der Gemeinderat einfach bagatelisiert, denn die heute zum Beschluss vorgeschlagene Signalanlage ist bereits fertig. (Hört! hört! bei den Christlichsozialen) - Nur einige Handgriffe sind noch notwendig. Wir werden hier glatt gefoppt vom Herrn Vizebürgermeister Emerling und einem Direktor Spängler (Rufe bei der Opposition: Mit Zustimmung des Herrn Bürgermeisters). Seinerzeit wurde das Projekt Hochenegg als zu teuer abgelehnt, es erforderte nämlich 200 Milliarden Kosten, und heute ist man mit dem Kostenaufwand schon weit über diese Summe hinausgekommen. Eines nur haftet der jetzigen Stadtbahn an, das sind die übrig gebliebenen schweren Mängel, das Charakteristikum des Verpfuschtseins. Die schmale Wagentype erweist sich auf der Stadtbahn als Fehler, man hat sie <sup>nur</sup> gewählt um sagen zu können, dass ein inniger Zusammenhang zwischen dem Stadtbahn- und Strassenbahnbetrieb besteht, indem man mit den Wagen der Stadtbahn auch auf den Strassenbahngleisen weiterfahren können.

Wir stehen heute als Opposition vor der Entscheidung, ob wir diesem Antrag zustimmen sollen oder nicht. Bei dem Umstand, dass wir von vornherein die Notwendigkeit einer wirklich auf der Höhe der Zeit stehenden Signalanlage erkannt haben, können wir nicht dagegen stimmen, wenn auch unsere Forderung erst nach mehr als einjähriger Verzögerung erfüllt wird. Sachlich sind wir mit dem Antrag einverstanden. Aber wir müssen gleichzeitig ausdrücklichen und schärfsten Protest dagegen einlegen, dass man uns damals ein Projekt vorgelegt hat, das mit allen Mängeln behaftet war und das man uns als eine Glanzleistung aufschwätzen wollte. Wir müssen dagegen protestieren, dass an dem Projekt alle erdenklichen Änderungen vorgenommen worden sind, ohne den Gemeinderat zu fragen. Das ist eine Verletzung der Rechte jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates, ist eine Irreführung der Bevölkerung und eine Verhöhnung des Wiener Gemeinderates als gesetzgebende und verwaltungspolitische Körperschaft (Beifall bei der Minderheit).

Probefahrten auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Seit Ostern finden auf der Gartellinie der Stadtbahn von der Station Alserstrasse-Meidling Hauptstrasse mit zwei aus sechs Wagen (zwei Motor- und vier Beiwagen) bestehenden elektrischen Zügen Schulfahrten mit dem zukünftigen Fahrpersonal statt. Am Donnerstag wurde die obere Wientallinie von Meidling-Hauptstrasse-Hütteldorf fertiggestellt und heute vormittags in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Emerling zum erstenmal befahren. Alle Einrichtungen - bis auf die Signalanlage und einige Bauarbeiten im Bahnhof Hütteldorf selbst - sind fertiggestellt und ist die für Ende Mai in Aussicht genommene Eröffnung dieser Strecke von Hütteldorf - Alserstrasse gesichert.

Alle übrigen Strecken sind in Arbeit und wird ihre Montage soweit gefördert, dass spätestens im Herbst die ganze Stadtbahn in Betrieb sein wird. Bis dahin wird es auch möglich sein, den für den Verkehr nötigen Wagenpark fertigzustellen.



Vizebürgermeister Emmerling berichtet kurz über die Erfahrungen, die er bei der Probefahrt auf der Strecke Meidling - Hauptstrasse - Hütteldorf gemacht hat und die den Beweis dafür erbringen, dass nicht ein strassenbahnmässiger Stadtbahnverkehr, sondern vielmehr ein schnellbahnmähnlicher Verkehr erzielt worden ist. Die erreichten Geschwindigkeiten übertreffen die der Stadtbahn im Dampfbetrieb. Wenn Gemeinderat Kunschak auf die breitere Wagentype der alten Stadtbahn hinweist, so muss daran erinnert werden, dass der Fahrpark seinerzeit nur an wenigen Tagen vollständig im Dienst gestellt wurde, im übrigen Teil des Jahres aber brachlag. Die Zahlen aus dem Jahre 1913, die einzigen, auf die man sich heute vergleichsweise beziehen kann, beleuchten sehr deutlich, dass der Verkehr nur an einigen wenigen Tagen in grösster Dichte vorsich ging. Nach den neuen Projekten soll jedoch auch der Wagenpark der Strassenbahnen auf den Linien der Stadtbahn geführt werden können und fallweise auch umgekehrt. Die letztthin bewilligten 50 neuen Trieb- und Beiwagen können auch auf der Stadtbahn verwendet werden, ebenso eine Reihe der umgebauten Wagen. Im Protokoll der Gemeinderatssitzungen findet sich keine Angabe, dass die Vollendung der Elektrifizierung für den Sommer 1924 in Aussicht gestellt wurde. Nach langwierigen Verhandlungen, wobei sich der Bürgermeister und der Bundeskanzler einsetzen mussten konnte im Dezember 1923 dem Gemeinderat der Antrag unterbreitet werden. Da aber erst im September 1924 die Linie Hütteldorf-Hacking-Michelbeuern übergeben wurde, konnte von einer Betriebsaufnahme im Sommer 1924 keine Rede sein. Die Arbeiten wurden sofort in Angriff genommen und sind, wie sich jedermann überzeugen kann, seither soweit gediehen, dass in wenigen Wochen der Verkehr auf der einen Teilstrecke aufgenommen werden kann. Was die Spurweite betrifft, so sei die Differenz äusserst gering, sie beträgt nämlich nur 5 Millimeter. Die Spannung darf nicht in Verbindung gebracht werden mit der Geschwindigkeit. Die Entwicklung der Elektrizitätswerke hat es mit sich gebracht, eigene Stationen zu schaffen. Dadurch gelang es grössere Sicherheiten für den Verkehr zu schaffen. Die grosse Inanspruchnahme durch die Strassenbahn lässt es nicht zu, Strassenbahn und Stadtbahn im Bezug auf den Strom zu koppeln. Die Einrichtungen der Strassenbahnen sind für einen Verkehr von 300 Millionen Personen berechnet, heute beträgt aber die Frequenz über 550 Millionen. Jeder schöne Sonntag bringt einen immer stärkeren Massenverkehr. Es wäre unzweckmässig, auch noch die Stadtbahn an das Netz der gewöhnlichen Spannung anzuschliessen. Auch die Strassenbahnen in anderen Grosstädten haben höhere Spannungen, erinnert sei nur an London oder New York. Wenn vorgeworfen wird, dass seit Dezember 1923 viel Zeit verfloß, so muss man wieder an die Verschleppung durch die Regierung erinnern. Seit September 1924 wurde aber mit ganzer Kraft an der Vollendung gearbeitet und alle Beteiligten waren mit wirklicher Freude und vollem Eifer am Schaffen dieses grossen Werkes. Wenn vorgeworfen wird, dass der Kredit von 185 Milliarden überschritten wird und das Projekt der Eisenbahntechniker erwähnt wird, so muss ausdrücklich festgestellt werden, dass auch dieses Projekt mit diesen Mitteln nicht durchgeführt werden kann. Die Mindestkosten einer Vollbahn sind mit 424 bis 495 Milliarden anzusetzen, die den rund 200 Milliarden gegenüberstehen. In wenigen Wochen wird der Gemeinderat Gelegenheit haben, bei einer Probefahrt die ausserordentliche Leistung der Techniker dieser Stadt bewundern zu können. Der Referent bittet um die Annahme des Antrages.

G.R. Kunschak berichtet tatsächlich, dass man etwas anderes geschaffen hat, als der Gemeinderat beschlossen hat. Aus dem Protokoll der Sitzung vom 21. Dezember 1923 geht hervor, dass für den Sommer 1924 die elektrische Zugführung in Aussicht gestellt wurde. Ohne Zustimmung des Gemeinderates ging man seinerzeit an die Arbeit und auch heute ist die Signalanlage bereits fertig, obwohl um die Genehmigung gebeten wird. Der Referent bezeichnet die Annahme des Gemeinderates Kunschak als irrig, denn die Signalanlage sei noch lange nicht fertiggestellt. Der Referentenantrag wird bei der Abstimmung angenommen.

G.R. Dr. Fränkel (soz. dem) berichtet über den Antrag auf Abtretung von 121 Freischürfen seitens der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft an die Braunkohlenbergbau Gewerkschaft Zillingdorf und Zusicherung einer 1.02 Prozent Bruttoabgabe aus dem Freischurfgebiet der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft von 1.360 Freischürfen von künftigen geförderten Erdöl und Erdgas ohne weiteres Entgelt, wobei die Auflösung der Zweckgesellschaft „Glück auf Wien“, bestehend aus der Depositenbank, der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft und der Gemeinde Wien eintritt. Der Referent gibt dem Gemeinderate eine eingehende Begründung des Antrages und bemerkt, die Gemeinde habe ein Uebereinkommen geschlossen, nach welchem sie das Freischurfgebiet wieder zurückgibt, aber dafür wertvolle Rechte eintauscht.

G.R. Angermayer (chr. soz.) erklärt, seine Partei sei nicht gegen den Meritum des Antrages, aber sie müsse gegen die Art wie dieser Antrag in der Beilage ausgearbeitet wurde, schärfsten Einspruch erheben. Der Inhalt dieser Beilage sei einfach unverständlich. Man muss Papier und Bleistift hernehmen, um diesen monströsen Satz von 50 Druckzeilen, in welchem das Ganze eingekleidet ist, zu zerlegen und man muss, wenn schon vom Schürfen die Rede ist, sehr tief schürfen, um überhaupt die richtigen Gedanken herauszuholen, die den Sinn dieses Preisräzels ergeben. Die deutsche Sprache ist doch ein Verständigungsmittel, sie darf aber nicht missbraucht werden, um den einfachsten Gedanken zu verballhornen. Ich möchte den Herrn Magistratsdirektor ersuchen, an seine Beamten die Weisung hinauszugeben, dass künftighin solche Monstrume vermieden werden.

G.R. Fränkel erwidert, es freue ihn, dass Gemeinderat Angermayer nach sorgfältiger mühseliger Arbeit den langen Satz trotzdem richtig aufgelöst habe. (Gemeinderat Angermayer: Ich habe aber auch eineinhalb Stunden daran arbeiten müssen). Gegen die Sache selbst hat er nichts eingewendet, ich bitte daher um Annahme des Antrages.



Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

St.R. Richter beantragt die Genehmigung der Restabrechnung der Generalreparatur von 4 Kraftwagen der städtischen Feuerwehr aus der Sachdemobilisierung und den Einbau von sechs Aggregaten in elektromobile Geräte.

G.R. Doppler (chr. soz.) polemisiert gegen einen Artikel der Arbeiterzeitung, in dem er der Lüge geziehen wird. Er könne jedoch für alle Behauptungen, die er über die städtische Feuerwehr der Öffentlichkeit mitgeteilt habe, einstehen. Der Abbau bei der Feuerwehr vollziehe sich unter ganz eigentümlichen Umständen. So wurden einige von den Abzubauenden auch zur Aufnahme bei der Strassenbahn vorgemerkt, dort aber in einem Zimmer, das die Nummer 218 trägt, von einem Herrn Sedlak um ihre Organisationszugehörigkeit gefragt. Die Leute haben dann verschiedene Aufnahmscheine bekommen; war aber ein solcher Schein mit einem roten Strich versehen, dann sind diese Leute nicht aufgenommen worden. Die Auswahl der Abzubauenden erfolgte durch den Betriebsrat. Es ist ein Feuerwehrmann gleichfalls zur Strassenbahndirektion gegangen und dort hat man ihm gesagt, er soll auf seine provisorische Dienstzeit verzichten. Die Arbeiterzeitung hat mir vorgeworfen, dass ich keinen einzigen Namen genannt habe. Ich könnte auch hier den Namen dieses Mannes sagen. Es wird schon so sein, dass Sie die Leute zu einem Dienst schicken, den Sie unter keinen Umständen machen können, damit Sie dann das Recht haben, die Leute wegen Dienstesverweigerung hinauszumalträtieren. In der Arbeiterzeitung ist gestanden, dass es der Gemeinde gar nicht einfallt, Leute auf das Pflaster zu setzen. Bei der Feuerwehr sind aber die Dinge sehr unheimlich. Am 18. März hat Herr Klemisch einen Mann von der Feuerwache Brigittenau in die Zentrale kommen lassen, dort vom Abbau erzählt und ihn aufmerksam gemacht, dass er schon lange Zeit seine Beiträge schuldig sei. Ich bürgte für die Richtigkeit dieser Mitteilung und könnte auch hier die Namen nennen. Selbstverständlich haben Sie das nicht angeschafft, aber das ganze System ist so eingerichtet. Es ist vorgekommen, dass ein Feuerwehrmann namens Worm geprügelt worden ist und ich habe hier <sup>eine Abschrift</sup> des ärztlichen Pareres. Ein gewisser Scheider hat auf Worm losgedroschen und man könnte Ihnen die Wachleute stellig machen, die den Lärm dieser Rauferei gehört haben. Aus dem Parere ist zu ersehen, dass Worm Quetschungen der Weichteile am Hinterkopf, im Augenhöhlenraum und so weiter erlitten hat. Dieses Ereignis hat wohl ein Nachspiel gehabt. Nach einem Jahr ist sogar eine Disziplinarverhandlung daraus geworden. Der Disziplinarausschuss hat den geprügelten Feuerwehrmann am härtesten bestraft. Am 11. März wurde ein Feuerwehrmann georfeigt.

G.R. Kunschak: Da ist ja der Kasernerhof noch eine Erziehungsanstalt für höhere Töchter!

G.R. Doppler: Diese Sache wird gegenwärtig so behandelt, dass man nicht weiss, ob daraus überhaupt etwas wird. Es wäre notwendig, dass der Stadtrat diesen Dingen nachgeht und sich nicht damit zufrieden gibt, dass eine solche Art von Disziplinarverhandlungen erfolge. Wir wollen die Feuerwehr nicht verleumden, wie die Arbeiterzeitung sagt, sondern wir wissen, dass es sich hier um ein Elitekorps handelt, dass sich aber eine Reihe von Schädlingen eingeschlichen haben. Es ist Pflicht der Gemeinde dieses Elitekorps von diesen Schädlingen zu reinigen (Beifall).

St.R. Richter: Bei der Gemeindegewinnung in Wien ist noch kein Mensch so hinausgeworfen worden, wie das der Bund mit vielen Zehntausenden Angestellten gemacht hat. Bei der elenden Bezahlung, die die frühere Mehrheit den Feuerwehrleuten gegeben hat, war es natürlich sehr leicht, die nicht mehr ganz dienstfähigen Mannschaften als Antagehilfen oder Schulwarte unterzubringen, weil diese Stellen Haupttreffer waren. Heute sind die Feuerwehrleute weit besser gestellt und es ist daher auch schwieriger, sie auf andere Stellen im Gemeindegewinnungsdienst zu geben, ohne dass sie eine materielle Einbusse erleiden. Die Strassenbahn sucht sich natürlich auch die aufzunehmenden Feuerwehrleute gut aus, weil sie ja später die Pensionslast zu tragen hat. Es ist klar, dass sie schlechte Risiken ablehnt, weshalb der Vorgang bei der Strassenbahn, der gar nichts mit der Organisationszugehörigkeit zu tun hat, begreiflich ist. Schliesslich kann Gemeinderat Doppler nicht verlangen, dass wir uns in jede Kaffeehausrauferei einiger Feuerwehrleute einmengen. Es kann aber auch vorkommen, dass bei tausend Menschen einmal ein Streit entsteht und die Leute sich orfeigen. Nach Zeitungsberichten soll das sogar im Jokeiklub vorgekommen sein. Hätten wir diese Leute hinausgeworfen, würden sie sicher ein grosses Geschrei erheben und uns Brutalität vorwerfen. Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Vizebürgermeister Hogg teilt mit, dass der Antrag des Stadtrates Breitner auf Ankauf von 300 Aktien der Wiener Baustoffe A.G. angenommen ist, da sich Gemeinderat Zimmerl von der Rednerliste

G.R. Cilli Lippa beantragt einen Zuschusskredit von 198.461 Schilling für den Ankauf von Klassenlektüren und von 60.706 Schilling für den Ankauf von Schreib- und Zeichenrequisiten.



G.R. Schlösinger (chr. soz.) begrüsst diesen Ankauf. Es müsse jeder, der im praktischen Schuldienst steht feststellen, dass leider das Werkpauschale nur in einer sehr mässigen Höhe zugemessen ist. Infolgedessen müssen vielfach die Elternvereine eingreifen, was durchaus nicht ihre Aufgabe ist (Gemeinderat Untermüller: Schnorrervereine!). Der Elternverein tanzt von einem Fest zum anderen um zum Betriebe des Werkunterrichtes das nötige Geld aufzubringen. Dadurch wird besonders die Arbeiterbevölkerung sehr hart betroffen. Man sollte glauben, dass gerade jene Partei, die uns eine grosszügige Demokratisierung des gesamten Schulbetriebes in Aussicht stellte, für den Schulbetrieb mehr Sorge tragen würde, aber sie geht an den Rechten der Lehrerschaft achtlos vorüber. In den Schulen fehlt es vielfach an Lehrbüchern, im Geschichtsunterricht gibt es überhaupt keine. Die Schüler müssen Merkbücher anlegen, es wird ihnen der Lehrstoff diktiert. Bezüglich der Klassenlektüre werden viele Missgriffe gemahnt. Die Rednerin verliest aus einer Anzahl von Jugendschriften Stichproben um darzulegen, dass in diesen Büchern Geschichten enthalten sind, die auf die Jugend nicht sittenbildend einwirken. Eine Ausgabe der Deutschen Sagen von Grimm trotzte von grammatikalischen und stilistischen Fehlern, dem Verfasser einem Herrn Neudecker wäre dringend anzuraten noch einige Lektionen in Deutsch zu nehmen. Gegen die Kindertümlichkeit wird vielfach gesündigt. Es ist die Frage ob unsere Kinder durch die Schulreform zu besseren Menschen geworden sind. Wenn man die bisherigen Resultate überblickt, müsse man daran füglich zweifeln.

G.R. Cilli Lippa wendet sich in ihrem Schlusswort gegen die Bezeichnung der Elternvereine als Schnorrervereine. Man möge in die Bezirke hinausgehen und die Eltern hören, wie sie jetzt mit den Schulverhältnissen zufrieden sind. Früher hat es in den Schulen überhaupt keine Lernmittel gegeben und wenn die Eltern unentgeltlich diese Gegenstände haben wollten, mussten sie erst Bittgänge zum Armenrat und allen möglichen Leuten machen. Von dieser demütigenden Fein um jedes Heft gleichsam betteln zu müssen, haben wir Eltern und Kinder erlöst. Wer hat früher nicht oft ein weinendes Kind in die Schule gehen sehen, das ganz unglücklich darüber war, weil es kein Heft hatte und daher die Strafe des Lehrers fürchtete. Die Eltern konnten es dem Kind nicht kaufen. Vielen armen Kindern hat man unter der christlichsozialen Verwaltung Schulbücher in die Hand gegeben, denen die Hälfte fehlte. Andere Kinder waren oft bis zum zweiten Semester ohne jedes Lernmittel. Wer das in Abrede stellt, spricht wesentlich die Unwahrheit. Auf die pädagogische und methodische Seite der Ausführungen der Vorrednerin lasse ich mich nicht ein weil dies in den Wirkungskreis des Stadtschulrats gehört. Im Übrigen kann ich nur sagen, dass unsere Schulverwaltung so weiter arbeiten wird, wie bisher. (Beifall)

Es wird dann der Zuschusskredit bewilligt.

G.R. Schütz beantragt, dass das Gebiet westlich der Kavalleriekaserne in Hietzing zwischen der Breitenseerstrasse, der verlängerten Altebergerstrasse und der Steinbruchstrasse aus der Kleingartenzone ausgeschlossen werden soll.

G.R. Huber (chr. soz.) macht darauf aufmerksam, dass in diesem Gebiet eine grosse Zahl von Schrebergärten besteht, die viele Obstbäume aufweisen und meist von Wehrmännern bearbeitet werden. Diese Schrebergärtner haben sich mit Rücksicht darauf, dass sie auf mindestens zehn Jahre Pacht gerechnet haben, auch kleine Häuschen errichtet. Es wird schwer sein, die Leute jetzt von dort wegzubringen, da sie dort wohnen und ihnen doch andere Wohnungen zugewiesen werden müssten. Redner beantragt, dass das Gebiet zwischen der Steinbruchstrasse und einer unbenannten Strasse aus der Vorlage ausgeschlossen werden soll.

G.R. Schütz erwidert, dass im Jahre 1921 als die Kleingartenzone geschaffen wurde, niemand daran dachte, dass die Gemeinde ein solch grosses Wohnbauprogramm durchführen werde. Es ist sehr schwierig in Hietzing geeignete Bauplätze zu finden, weshalb man auf dieses Gebiet greifen müsse. Es kann daher dem Antrag des Vorredners nicht zugestimmt werden, weil dadurch das Wohnhausprogramm der Gemeinde gefährdet werden könnte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen und der Antrag des Gemeinderates Huber abgelehnt.

Stadtrat Siegel berichtet über den Entwurf für das Familien-Einküchenhaus in Fünfhaus (Pilgrimgasse-Loeschenkohlgrasse). Das Gebäude wird 133 zweiräumige, 191 einräumige Wohnungen und vier Ledigenzimmer, eine Dachterrasse, einen Kindergarten und einen Kinderhort enthalten. Die Kosten werden auf 2,611.000 Schilling veranschlagt.

G.R. Biber (chr. soz.) erklärt, dass er nicht gegen den Bau dieser Anlage sprechen wolle, sondern nur Einwendungen gegen die Behandlung der Vorlage im Gemeinderat machen müsse. Hier sind die rechtlichen Verhältnisse anderes, als bei den übrigen städtischen Bauten. Es verfügt nämlich über diese Wohnungen ein Verein, dem man angehören müsse, um einzuziehen zu können. Es wäre leicht des Referenten gewesen, dies hier zu sagen. Im technischen Ausschuss wurde wohl mitgeteilt, dass auch das Wohnungsamt einen entsprechenden Einfluss auf die Zuweisung dieser Wohnungen haben werde, aber die Art der Abmachung mit dieser Genossenschaft ist nicht klar. Schliesslich müsse doch auch darauf verwiesen werden, dass in der heutigen Sitzung nicht weniger als zwölf Bauentwürfe vorliegen, die in ihrer Ausführung rund 250 Milliarden Kronen, also zwölf einhalb Millionen Goldkronen, der Gemeinde kosten werden. Das ist eine Summe, die auch vor dem Krieg gewiss sehr bedeutend war. Es müsste dem Gemeinderate doch die erforderliche Zeit gegeben werden, damit man alle diese Entwürfe genau prüfen könne.

Stadtrat Siegel antwortet, dass bei Abschluss des Vertrages mit der Genossenschaft über die Wohnungen noch im Gemeinderat gesprochen werden wird. Die Pläne der Wohnhausbauten sind seit vielen Wochen bereits im technischen Ausschuss genehmigt worden. Es könne ohnweiters verfügt werden, dass die Pläne noch früher den Mitgliedern des Gemeinderats zugänglich gemacht werden.

Es wird nun der Antrag des Referenten angenommen.

Stadtrat Siegel beantragt die Ausführung eines Wohnhausbaues auf dem Mattisplatz in Fünfhaus. Die Kosten werden auf 2,630.000 Schilling geschätzt. Es werden 206 Wohnungen geschaffen.

G.R. Huber (chr. soz.) wendet sich gegen die durch diesen Bau entstehende Verschmälerung der Hütteldorferstrasse. Dies ist nur dem Eigensinn der Architekten zuzuschreiben. Das vorstehende Haus verengt die Hütteldorferstrasse. Der Bürgermeister hat einmal gesagt, dass wir Wien schöner machen wollen. Aber diese Bau wird dazu kaum etwas beitragen. Da dadurch das Stadtbild verunziert wird, beantragt Redner die Rückverweisung des Entwurfes an den technischen Ausschuss.

Stadtrat Siegel hält die von den Architekten gefundene Lösung für überaus glücklich, weshalb er sich gegen den Rückverweisungsantrag ausspricht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen, während der Rückverweisungsantrag abgelehnt wird.

Stadtrat Siegel berichtet über den Entwurf einer Wohnhausanlage im neuen Bezirk in der Thurygasse. Er beantragt die Genehmigung. Die Kosten betragen 1,660.000 Schilling. Das Haus wird 120 Wohnungen, vier Geschäftslokale und ein Gasthaus mit einem grossen Saal enthalten.



G.R. Rummelhardt begrüsst es, dass dieser Teil des neunten Bezirkes einer Sanierung durch Neubauten unterzogen werde. Es müsse aber darauf verwiesen werden, dass heute Projekte vorgelegt worden sind, deren Ausführung 237 Milliarden Kronen kosten wird. Nun sind im Voranschlag nur 326 Milliarden Kronen als voraussichtlicher Ertrag der Wohnbausteuer ausgewiesen. Wenn nun in einer einzigen Sitzung ein so grosser Teil dieser Gesamtsumme bewilligt werden soll, so entsteht von selbst die Frage aus welchen Geldern werden denn dann die übrigen Bauten bestritten. Aus den präliminierten Geldern der Wohnbausteuer sei das ganz unmöglich. Die Christlichsozialen verlangen daher klare Auskunft vom Referenten. Es muss gesagt werden, welche Beträge von der Wohnbausteuer bereits verwendet worden sind und was aus den Kassenbeständen entnommen worden ist gegen eine etwa geplante Erhöhung der Wohnbausteuer, die Herr Danneberg angedeutet hat, würden sich die Christlichsozialen auf das allerentschiedenste verwehren.

G.R. Nachtnebel (Soz.): Hoch das Mietengesetz, gegen das Sie Sturm laufen! Herr Rummelhardt Auch die Wähler, die Sie vertreten, haben von Ihrer Steuerpolitik schon genug. G.R. Nachtnebel: Sie haben sich schon einmal als schlechter Prophet erwiesen!

G.R. Rummelhardt: Ich weiss nicht ob es Ihnen gelingen wird, durch die nächsten Wahlen, mit dem Sie die Wahlen korrigiert haben, sich auch Geld zu verschaffen. Freilich ist es möglich, dass Sie hier Beschlüsse fassen in dem Bewusstsein, sie nicht durchzuführen.

G.R. Erban (chr. soz.) bemängelt, dass in den städtischen Häusern und des Liechtentals ein Restaurationssaal vorgesehen ist, der als Raum für sozialdemokratische Versammlungszwecke dienen wird. Es sei ganz unzulässig, städtische Steuergelder für einen solchen Zweck zu verwenden.

Stadtrat Siegel erwidert, dass über die Zweckmässigkeit und unbedingt Notwendigkeit dieser Wohnhausanlage nur eine Meinung zum Ausdruck gekommen sei. Es ist dies der erste Schritt zur Assanierung des Liechtentals.

Stadtrat Weber berichtet über das Siedlungsprogramm für das Jahr 1925. Es sind insgesamt 469 Siedlerhäuser vorgesehen, der Kostenaufwand stellt sich auf 5,766.600 Schilling.

G.R. Ullreich (chr. soz.) betont, dass die Siedlungsbewegung langsam abgebaut wird. Von den fünftausend Wohnungen, die von der Gemeinde im Jahre 1925 errichtet werden sollen, sind nur fünfhundert Siedlerhäuser. Seinerzeit hat man aus dem Ertrag der Mietsteuer rund drei Zehntel für Siedlungen verwendet; jetzt ist es nur mehr ein Zehntel. Auch die Zahl der Genossenschaften nimmt ab. Die Grundsätze des Vorjahres gelten übrigens weiter. Die Verschuldung der Siedler ist derart gross, dass von einer Hilfe durch die Gemeinde nicht mehr gesprochen werden kann. Ueberhaupt sind die Siedler bei der Gemeinde nicht besonders beliebt.

Im Schlusswort verweist St.-R. Weber auf die ausführlichen Darlegungen im Ausschuss, aus denen zu ersehen war, dass von einem Abbau der Siedlungsbewegung nicht gesprochen werden könne. In Wien wurden bereits 2897 Siedlerhäuser gebaut. Keine einzige Stadt sei in der Lage, eine solche Zahl aufzuweisen. Der für diese Siedlungen aufgewendete Betrag belaufe sich auf rund 250 Milliarden Kronen. Mit einer gewissen Hartnäckigkeit verweigern wir wohl Siedler, die nicht auf Gemeindegeldern wohnen, den Kredit, müssen dies aber in Wahrung der öffentlichen Interessen tun. Die Dinge sind keineswegs so schwarz, wie sie der Vorredner gemalt hat.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage genehmigt.

Stadtrat Kokrda beantragt die Bestellung eines Baurechtes für ein neues Fortbildungsschulgebäude in Fünfhaus, Ecke Moeringgasse-Märzstrasse und Löhrstrasse. Das Gebäude wird vom Wiener Fortbildungsschulrat errichtet werden. Mit dem Bau wird sofort nach Genehmigung des Baurechtes begonnen.

Stadtrat Rummelhardt erklärt, dass er es lieber gesehen hätte, wenn statt der formalen, eine Reihe von inhaltlichen Korrekturen an dem Entwurf für den Baurechtsvertrag vorgenommen worden wären. Es sind da Bestimmungen enthalten, die sich gesetzlich und moralisch nicht rechtfertigen lassen. Die Gemeinde diktiert dem Fortbildungsschulrat Bedingungen, ohne faktisch etwas dafür zu leisten. Sie schreiben vor, dass dem Gebäude eine Fortbildungsschulbucherei, ein Verlag samt Buchdruckerei errichtet werden muss. Für solche Zweck darf ein Schulgebäude nicht verwendet werden. Das ist gesetzwidrig und wenn die Gemeinde solche Einrichtungen schaffen will, so soll sie das in irgend einem anderen Gebäude machen; es gehe doch nicht an das als Bedingung für das Baurecht vorzuschreiben. Dagegen müssen sich die Christlichsozialen auf das entschiedenste aussprechen.

Redner beantragt, dass die Gemeinde dem Fortbildungsschulrat als Äquivalent des Beitrages von 45 Prozent eine Subvention von drei Millionen Schilling gewähren soll. Dieser Betrag soll als Baukostenbeitrag der Gemeinde dienen. Es sei auch zu bemängeln, dass der Bau nicht öffentlich ausgeschrieben worden ist. Es hätten sich aus dem grossen Kreis der Wiener Architekten gewiss jemand gefunden und die Arbeit wäre nicht an wenige Bevorzugte vergeben werden. Auf das entschiedenste muss man sich aber gegen die Errichtung der Druckerei wenden, die ein Konkurrenzunternehmen sei. Das Wiener Gewerbe, das für den Bau finanzielle so viel leistet, kann sich das nicht bieten lassen.

Stadtrat Kokrda erwidert, dass man dem Fortbildungsschulrat nicht vorschreiben könne, in welcher Form er die Konkurrenz für die Baupläne ausschreibt. Es bleibt dem Fortbildungsschulrat überlassen, die Zweckräume auszuführen und es ist durchaus keine Zwangsbestimmung, die man vorschreiben beabsichtigt. Daher besteht kein Anlass die Eliminierung der Einrichtung einer dazugehörigen Buchdruckerei zu verlangen. Was den Antrag Rummelhardt anlangt, so kann er nicht angenommen, weil doch die Kosten dieses Baues nicht allein von den Gewerbetreibenden, sondern zu 45 Prozent von der Gemeinde getragen werden.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung Rummelhardts wird der Antrag angenommen und die Sitzung um zwölf Uhr nachts geschlossen.

.....